

Medienmitteilung vom Verein «Schulen nach Bern»

Über 70 Nationalrätinnen und –räte fordern:

Bund soll «Schulen nach Bern» unterstützen

Das Projekt «Schulen nach Bern» ist ein anerkannter Beitrag zur Förderung der politischen Bildung auf der Sekundarschulstufe. Weil es eine Brücke zwischen den Schulen und der Bundespolitik schlägt, fühlen sich weder die Kantone noch die Bundesbehörden für die Unterstützung zuständig. Mit einem Vorstoss für einen finanziellen Beitrag des Bundes will Nationalrätin Viola Amherd nun die Fortführung des Projekts sicherstellen.

Einig sind sich Bund und Kantone schon lange: «Für die Entwicklung eines eigenständigen Urteilsvermögens und der Fähigkeit, am politischen Geschehen des demokratischen Gemeinwesens teilnehmen zu können, ist Bildung von besonderer Bedeutung. Die zu diesem Zweck zu fördernde politische Bildung (éducation à la citoyenneté) bedingt die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen über das gesamte Bildungssystem hinweg.» So steht es in einer gemeinsamen Erklärung des Departements des Innern, des Volkswirtschaftsdepartements und der Erziehungsdirektorenkonferenz¹. Eine erst kürzlich erschienene Untersuchung des Forschungsinstituts gfs hat ergeben, dass eine Mehrheit der Bevölkerung eine bessere politische Bildung in der Schule will². In allen Ausbildungsphasen ab der 7. Klasse soll die politische Kultur und die Fähigkeit der Mitsprache der Stimmberechtigten gefördert werden.

Einzigartiges Programm

Seit 2009 leistet das Projekt «Schulen nach Bern» einen wichtigen Beitrag zur staatskundlichen Bildung von Kindern auf der Sekundarschulstufe. Kinder und Jugendliche werden durch praxisnahen und neutralen Unterricht für die politische Kultur der Schweiz begeistert. Das Programm ist einzigartig und basiert auf einer Zusammenarbeit mit Schulen, ist aber freiwillig. Jeweils vier bis sechs Schulklassen aus verschiedenen Kantonen und Sprachregionen erhalten in einwöchigen Projektwochen in der Bundesstadt einen intensiven Einblick in die Bundespolitik. Damit leistet «Schulen nach Bern» auch einen wichtigen Beitrag zum Kulturaustausch. Das Projekt wird von der PHW Bern evaluiert und begleitet.

Die Pilot-, Implementierungs- und Konsolidierungsphase wurde bisher durch verschiedene Stiftungen und mit Beiträgen aus den kantonalen Lotteriefonds finanziert. Diese Phase läuft 2015 aus. Für die Fortsetzung ist das Projekt auf weitere finanzielle Unterstützung angewiesen. Benötigt werden rund 180'000 Franken, etwa so viel, wie die Jugendsession vom Bund zugesprochen erhielt.

Kein grosser Betrag. Doch im Bundesamt für Soziales BSV wird «Schulen nach Bern» als schulisches Projekt eingestuft. Somit würde nach dessen Ansicht dem Bund die Basis für ein Aktivwerden fehlen. Tatsächlich befasst sich Artikel 10 des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes zwar mit der politischen Bildung, aber nur im ausser-schulischen Bereich. Von kantonalen Seite wird demgegenüber argumentiert, dass es sich um ein

¹ Chancen optimal nutzen. Erklärung 2011 zu den gemeinsamen bildungspolitischen Zielen für den Bildungsraum Schweiz. Eidgenössisches Departement des Innern (EDI) und Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (EVD), Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK). Bern, 30.05.2011

² Politische Bildungsoffensive für alle und mehr Schlagkraft für den Bundesrat. Schlussbericht. Bausteine zur Stärkung des Schweizer Politsystems. gfs.bern. Studie im Auftrag der Bank Julius Bär. Bern, Juni 2014

freiwilliges und somit ausserschulisches Projekt handle, das sich mit der Bundespolitik befasst und daher nicht in die Zuständigkeit der Kantone fällt.

Unterstützung aus allen Fraktionen

Die Walliser Nationalrätin und Jugendpolitikerin Viola Amherd (CVP) hat in der Herbstsession nun mit einer Motion den Bundesrat aufgefordert, das Projekt «Schulen nach Bern» als ausserschulisches und damit förderungswürdiges Projekt einzustufen.

Unterzeichnet haben den Vorstoss über 70 Ratskolleginnen und -kollegen aus allen Fraktionen. «Wir sind uns einig, dass mehr gemacht werden muss für die politische Bildung. Und wenn wir schon ein gut funktionierendes Projekt haben, das auch noch die Brücke zwischen den Sprachregionen schlägt, dann dürfen wir das nicht untergehen lassen», begründet sie ihren Vorstoss.

Die Zeit drängt. «Leistet der Bund über die kommenden Jahre einen Beitrag, werden auch die Kantone für ihre teilnehmenden Schulklassen einen Beitrag sprechen. Findet sich keine Unterstützung, werden wir das Projekt Ende 2015 einstellen müssen», sagt Dora Andres. Die ehemalige Berner Regierungsrätin ist die Initiatorin des Projekts und Präsidentin des Vereins «Schulen nach Bern». Die Hoffnung liegt nun auf einer raschen Behandlung des Vorstosses.

Weitere Informationen: www.schulen-nach-bern.ch

Auskunft: **Dora Andres, Präsidentin 079 344 66 44.**
E-Mail: info@schulen-nach-bern.ch